

Ein unmittelbarer Erfolgsdruck besteht nur bei Schacht Konrad

Mit den ersten Atommülltransporten in das Zwischenlager Gorleben im Oktober '84 wählten sich die Betreiber der Lösung der mißliebigen Entsorgungsfrage ein gutes Stück näher. Doch die erste Hälfte dieses Jahres brachte für sie gleich mehrere empfindliche Rückschläge: Gerichtsentscheide blockieren derzeit die beiden Zwischenlager Gorleben und Ahaus und stellen gar die Zwischenlagerung als solche in Frage. Die wissenschaftliche Kritik am Salzstock Gorleben wird immer vernichtender und zieht immer weitere Kreise. Selbst die PTB empfiehlt, jetzt auch andere Salzstöcke zu untersuchen. Ziemlich unbeachtet ist geblieben, daß auch bei KONRAD nicht alles nach Plan läuft und der Terminplan geändert werden mußte (s. u.)

**Je offensichtlicher die Nichteignung von Gorleben wird, desto mehr Müll soll in KONRAD eingelagert werden.** Haben die Betreiber vor 3-4 Jahren zugegeben, daß nicht nur "schwachaktiver", sondern auch hoch- und mittelaktiver Müll in KONRAD eingelagert werden könnte, so sprechen sie jetzt offen von KONRAD als Ersatz für Gorleben. Nur noch der "stark wärmeentwickelnde" Müll soll nach Gorleben, die restlichen 95% nach KONRAD. Die offizielle Grenze für das, was nicht nach KONRAD darf wird immer weiter verschoben....

Doch nicht erst jetzt erlangt KONRAD in den Entsorgungsplänen der Betreiber besondere Bedeutung. Schon seit Jahren sind es die riesigen Mengen an sog. schwach- und mittelaktivem Müll, die den Betreibern Bauchschmerzen bereiten.

So kann die Aussage von H. Röthemeyer (PTE) "ein unmittelbarer Entsorgungsdruck bestehe nur für die Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung" nur heißen, daß KONRAD für die Betreiber dringend gebraucht wird und möglichst termingerecht in Betrieb gehen muß.

Ich halte es für irreführend von KONRAD als dem Nadelöhr des Atomprogramms zu sprechen. Seit der Pleite mit dem "nuklearen Entsorgungszentrum Gorleben" haben es die Betreiber geschafft, die Anlagen der Entsorgung so zu konzipieren, daß ihnen stets verschiedene Möglichkeiten bleiben. Doch ich halte es für wichtig, daß die Anti-AKW-Bewegung die Bedeutung von KONRAD wahrnimmt und entsprechend reagiert.

**Atomprogramm ist nicht Atomprogramm**

Noch deutlicher kann die Bedeutung von KONRAD zutage treten, wenn man bestimmte, sich andeutende Entwicklungen zu Ende denkt. So halte ich es für durchaus offen, wie sich das Atomprogramm in den nächsten Jahren entwickeln wird. Von den hochtrabenden Plänen aus den 70er Jahren mußten die Betreiber empfindliche Abstriche machen. Aus den erträumten Millionengewin-

**immer  
offensichtlicher:**

*Schacht Konrad  
für alles  
offen!*

nen wurde bis heute nichts. Die mittlerweile ungeliebte, weil viel zu teure WAA wurde nur auf direkten Druck aus Bonn weiterverfolgt. Beim Schnellen Brüter weigern sich die Energieversorgungsunternehmen nach wie vor, mehr Geld zu investieren. Andererseits ist es der Atomindustrie gelungen, innerhalb von einem Jahr den Anteil der Atomenergie am gesamten Primärverbrauch von 7,4 auf 10,4% zu erhöhen. Der Atomindustrie wird daran gelegen sein, auf für sie unrentable und ansehenschädigende Anlagen zu verzichten, um ungestörtes expandierendes Atomprogramm zu verwirklichen bis sich das eingesetzte Kapital verzinst hat.

**Historische Aufgabe der SPD**

Dieses Interesse der Atomindustrie trifft sich mit dem Interesse der SPD an der Rückgewinnung der Macht im Lande. Die SPD sieht ihre Chance darin, aus dem gewachsenen Protestpotential wieder Wähler für sich zu gewinnen. Dafür ist es nötig, daß sich das neue SPD-Image mit einem auffälligen Tupfer Atomenergiekritik schmückt. Ganz geschickt hat die SPD begonnen, sich gerade bei den Prestigeobjekten WAA, Schneller Brüter und Gorleben als Kritiker zu profilieren. Die SPD ist und bleibt eine Partei, die die Atomenergie nicht grundsätzlich ablehnt. Sie wird versuchen, öffentlich brillante Anlagen aus dem Rampenlicht zu ziehen und eine Art "Kleines Atomprogramm" zu verfolgen.

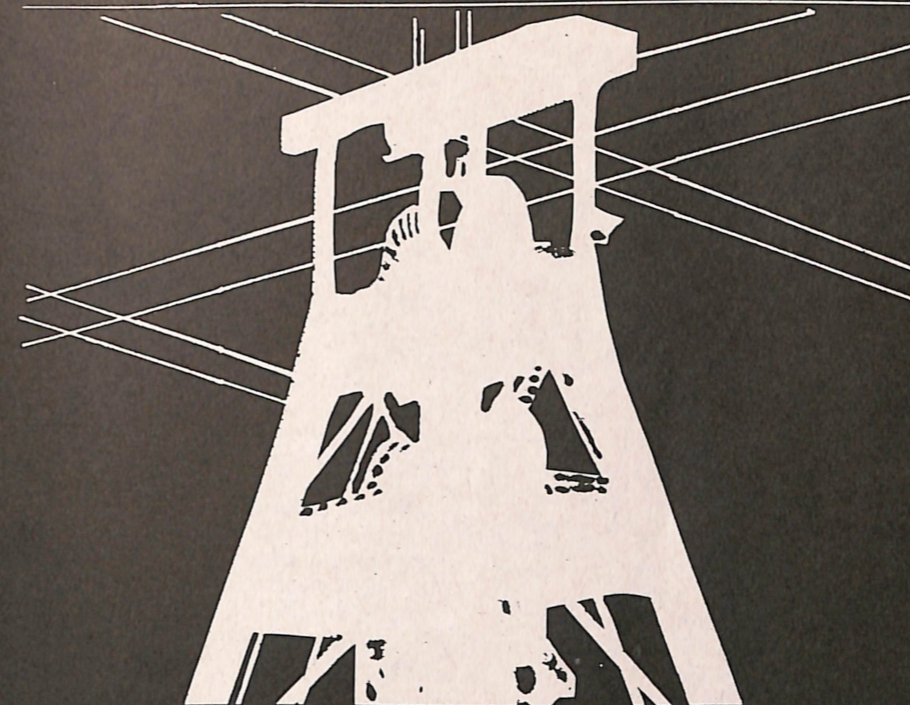
**KONRAD gehört zum Kern jeden Atomprogramms**

Unabhängig davon, wie ein kleines Atomprogramm genau aussehen könnte, wird KONRAD seine zentrale Rolle als erstes bundesdeutsches Endlager behalten. Mit dem ständig wachsenden Atommüllberg kann auch der öffentliche

Druck auf uns steigen. Es ist durchaus die Situation denkbar, daß die SPD in Niedersachsen den Grünen anbietet, das versprochene AKW Stade erstmal stillzulegen und die Ausbauarbeiten am Endlager Gorleben einzustellen und Alternativen erforschen zu lassen (z.B. in Bayerns Granit). Im Gegenzug verlangt die SPD die Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens zu KONRAD, natürlich mit einer "seriösen Risikoabschätzung". Wenn die SPD sich rühmen kann mit dem Ausstieg aus der Kernenergie nun zu beginnen, dann können sich die Grünen doch nicht sperren. Irgendwo muß der vorhandene Müll doch hin. Bis jetzt sind bei KONRAD im Vergleich zu Gorleben keine derartigen gravierenden Mängel entdeckt worden. Die SPD sieht ja auch, daß die GSF bei ihren Untersuchungen schlampig gearbeitet hat (die SPD-Salzgitter stimmte seinerzeit geschlossen für das Gegengutachten der GÖK), doch mittlerweile holt die PTB diverse Untersuchungen "ganz seriös" nach (Die arbeiten wirklich gründlicher als die GSF).

**Die Diskussion betrifft nicht nur Grüne**

Die Gefahr besteht nicht nur darin, daß sich die Grünen von der SPD "über den Tisch ziehen lassen", sondern, daß auch für uns ganz schnell "der Wind von vorne wehen kann". Ist heute noch die ungelöste Entsorgungsfrage das wichtigste Akzeptanzhindernis in der öffentlichen Meinung, so kann sich das unter den o.g. Umständen rasch ändern. Wir dürfen nicht untätig zusehen, wie die von den BIs erarbeiteten und erkämpften "Früchte" von den Grünen "geerntet" werden, d.h. wenn Gorleben und evtl. Stade demnächst fallen, dann ist das Verdienst der BIs und nicht der Erfolg grüner Verhandlungstaktik! Die Diskussion kann durchaus auch unter den BIs eine Spaltung herbeiführen. Es ist doch vorstellbar, daß nicht nur



Machthunger, sondern auch BI-Leute aus Stade und Gorleben die Grünen zur Zustimmung entsprechender Vereinbarungen drängen.

**Terminplan für Konrad ist durch-  
einandergekommen**

Wegen der besonderen Dringlichkeit von KONRAD für die Betreiber ist die erreichte Verzögerung um so höher zu bewerten. Es ist wichtig, festzuhalten, daß diese Veränderung etwas mit uns, der Bewegung, zu tun hat, und nicht nur mit den Schwierigkeiten der Betreiber mit der Materie Atomenergie.

Wie kam es also zu der Verzögerung:

Wohl nicht zufällig nach der bundesweiten Demo im Oktober '82 entschied der Rat der Stadt Salzgitter mit der einen Stimme Mehrheit von SPD und Grünen für die Vergabe eines Bewertungsgutachtens zum Abschlußbericht der GSF zu KONRAD. Sie gab damit dem jahrelangen Drängen verschiedener Verbände und BIs zumindest zum Teil nach (die ein umfassendes Zweitgutachten forderten). Die beauftragte Gruppe Ökologie (GÖK) kam im Herbst '83 zu der für die GSF vernichtenden Aussage: Schwere methodische Mängel und schlampige Ausführung lassen die Eignungsaussage der GSF nicht aufrechterhalten.

Offensichtlich schon vorhandene interne Kritik an der GSF wurde verstärkt. Die PTB sah sich veranlaßt, früher als geplant die Federführung für KONRAD zu übernehmen. Da die PTB nicht als Nestbeschmutzer auftreten wird, ist es schon ziemlich deutlich und entlarvend, wenn Dr. Viehl dazu erklärt: "Einige Leute hätten die Ergebnisse der GSF überinterpretiert". Der offizielle Sachjargon wurde geändert. Jetzt heißt es, die GSF hätte lediglich die Aufgabe gehabt, die grundsätzliche Eignung festzustellen.

Die PTB wagt es offensichtlich nicht, den Plan ohne weitere Forschungsarbeiten

abzuliefern, Ende '83, also nach (!) Veröffentlichung des GÖK-Berichtes entschied man sich nach interner Diskussion auf Empfehlung zu seismologischen Untersuchungen. Genau diese Untersuchungen führten zum Zeitaufschub. Die Auswertung dauerte so lange, daß die Auslegung der Pläne nicht im April d.J. erfolgen konnte, sondern frühestens Anfang '86. Aus dem neuen Zeitplan der PTB vom 27.6.84 geht hervor, daß die PTB, in Absprache mit den Genehmigungsbehörden, in der Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung verlorene Zeit wieder "aufholen" will. Trotz der Verschiebung um ca. 1 Jahr sollen sich die Termine "Baubeginn" und "Einlagerung" nur um 1/4 Jahr verschieben.

**Konzeptionelle Veränderungen**

Frühere Planungen sahen den Schacht I (das ist der allseits bekannte) als universell nutzbaren Schacht vor, Schacht II (in unmittelbarer Nähe, aber auf der anderen Seite des Stichtkanals gelegen) sollte lediglich Abluftschacht sein. Die Funktion der Schächte wurde an die der Planungen für Gorleben angepaßt. Demnach ist Schacht I Seifahrt-, Förder- und einziehender Wetterschacht, während Schacht II für die Einlagerung vorgesehen ist und gleichzeitig ausziehender Wetterschacht ist. Durch diese Trennung der Abbauarbeiten (zur weiteren Hohlraumbeschaffung) und Einlagerung konnte die max. Einlagerungskapazität von 25.000cbm/Jahr auf 40.000cbm/Jahr erhöht werden.

Diese konzeptionelle Veränderung hat auch schon polizeitaktische Veränderungen zur Folge: Der Hubschrauberlandeplatz ist beim Schacht II eingeplant. Obwohl es zur Zeit schwierig ist, weil der Schacht II inmitten des Konzerngeländes von P&S liegt, sollten wir uns langsam auf diese Veränderung einstellen.

Um u.a. die Handhabung zu vereinfachen und den Durchsatz zu erhöhen

wurde die Faßeinlagerung auf Containereinlagerung umgestellt. D.h., es werden Container angeliefert, die in mehreren Schritten zur Einlagerkammer transportiert werden. Erst hier werden die Fässer entnommen und an ihren entgeltigen Platz gestellt.

**Was kommt nach KONRAD ?**

Eine Frage, der wir bisher noch nicht nachgegangen sind, ist die, was eigentlich mit dem Müll passiert, wenn KONRAD wie geplant nach 20 Jahren voll ist. Nach den Planungen der Betreiber gibt es dann immer noch viele AKWs und demnach entsprechend viel Atommüll. 20 Jahre sind kein Zeitraum, wenn man bedenkt, daß das Gorlebener Endlager dann gerade in Betrieb gegangen sein würde. Z.Z. gibt es noch keine Anzeichen für die Erkundung weiterer Endlager im Gegenteil. Könnte nach KONRAD vielleicht wieder KONRAD kommen?

Auf eine entsprechende Frage antwortete die PTB auf einer Veranstaltung in Bleckenstedt, daß KONRAD durchaus erweiterbar wäre, allerdings aus geologischen Gründen nur in nördlicher Richtung. Dazu wäre aber ein weiteres Planfeststellungsverfahren nötig.

**Die Region ist durch Industrie eh schon belastet**

Anders als in Lüchow-Dannenberg ist die Bevölkerung "industrieeffahren", wie es die Betreiber so zynisch formulieren. Die Belegschaft von KONRAD ist obendrein noch stolz darauf, daß der Vorschlag von ihnen kam, das Bergwerk zum Atommülllager umzurüsten, nachdem die Eisenerzförderung eingestellt wurde.

Um so erstaunlicher ist es, daß es – ausgelöst durch eine von uns organisierte Podiumsdiskussion zum Thema "Atomenergie und Arbeitsplätze" mittlerweile einen festen Kontakt zwischen dem Atomphysiker Jens Scheer und dem Betriebsrat von KONRAD gibt. Nach einem ersten Gespräch ist der Betriebsrat – nach Jens' Meinung ernsthaft – an weiteren Informationen bzgl. Arbeitssicherheit interessiert.

**Der Widerstand regt sich wieder**

Die zwei Jahre nach der KONRAD-Demo im Oktober '82 waren ziemlich ruhig bzgl. KONRAD. Viele Gruppen haben sich anderen Themen zugewandt. Selbst wir vom Atomarbeitskreis haben uns mehr mit den Aktionen im Wendland und mit der Bundeskonferenz beschäftigt als mit KONRAD und ASSE. Doch seit Anfang des Jahres hat sich das geändert. Eine gut besuchte Veranstaltung im März zum aktuellen Stand der beiden Endlager vor unserer Haustür war der Auftakt für verschiedene Aktivitäten.

Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie